
N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Kreistages des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 25. Oktober 2010**, im **Rathaus SINGEN, Hohgarten 1, 78224 Singen, Ratssaal.**

Beginn: 16:35 Uhr

Ende: 19:15 Uhr

TAGESORDNUNG

TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.
1.	Neubesetzung von Gremien; Stellvertretendes Mitglied im Organisationsbeirat beim Zweckverband "Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF)"	2010/180
2.	Neuorganisation Job-Center; Künftige Umsetzung des SGB II im Landkreis Konstanz	2010/144/1
3.	Ausschreibung der Stromlieferung für die Jahre 2012 - 2013; 1. Teilnahme an der Bündelausschreibung des Gemeindetags 2. Bezug von Öko-Strom	2010/179
4.	Neubau Berufsschulzentrum Radolfzell; Fassadenkonstruktion	2010/177
5.	Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm	2010/135
6.	Beteiligungen des Landkreises Konstanz; Jahresabschlüsse 2009	
6.1	ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH	2010/127
6.2	Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH	2010/126
6.3	Modellprojekt Konstanz GmbH	2010/128
TOP	Bezeichnung	Drucksache-Nr.

-
- | | | |
|-------------|--|-------------------|
| 6.4 | Internationale Bodensee Tourismus GmbH | 2010/129 |
| 6.5 | Bodensee Standort Marketing GmbH | 2010/131 |
| 6.6 | Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Konstanz gGmbH | 2010/133 |
| 6.7 | Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH | 2010/156 |
| 6.8 | Ambulante Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH | 2010/157 |
| 7. | Bürgerfragestunde | |
| 8. | Sachplan geologisches Tiefenlager;
Stellungnahme des Landkreises Konstanz | 2010/185 |
| 9. | Antrag der Fraktion der SPD;
Kommunale Handlungsfähigkeit sichern. Gewerbesteuern verbreitern - kommunale Haushalte entlasten | 2010/181/1 |
| 10. | Mitteilungsvorlagen | |
| 10.1 | Haushalt 2010;
Bericht über die Haushaltsentwicklung (Stand: 30.09.2010) | 2010/188 |
| 10.2 | Gebührenverordnungen des Landratsamtes Konstanz | 2010/182 |
| 10.3 | Sitzungstermine 2011 | 401/2009/1 |
| 11. | Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche | |
| 11.1 | Verschiedenes;
Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren der Fa. Montan Chemie GmbH/Sachstandsbericht | 2010/187 |
| 11.2 | Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2011/Vorberatung, Verfahren | |
| 11.3 | Neuorganisation des Kreisjugendamts/Sprechzeiten vor Ort | |

Vorsitzender:

Hämmerle, Frank, Landrat

Stimmberechtigte Mitglieder:

60 Kreisrätinnen und Kreisräte

Entschuldigt:

Happle-Lung, Ines

Karcher, Bernd

Özdemir, Zekine

Pilz, Walter

Rühland, Dieter, Prof. Dr.

Schmidt, Jörg, Dr.

Steffens, Volker

Stolz, Rainer

Wehrle, Pius

Auf besondere Einladung nehmen teil:

Asan, Hakan (Fa. Drees & Sommer, Stuttgart, TOP 4)

Broghammer, Dieter (Architekt, Rottweil ob Zimmern, TOP 4)

Reichle, Günter (Schulleiter Berufsschulzentrum Radolfzell, TOP 4)

Von der Verwaltung nehmen teil:

Gärtner, Philipp

Restle, Berthold

Bendl, Ralf

Bertsche, Sandra

Buser, Thomas

Goßner, Axel

Nops, Harald

Olms, Melanie

Seidl, Karin

Wedlich, Rainer

Protokollführer:

Roth, Manfred

Vor der Eröffnung der Sitzung und dem Eintritt in die Tagesordnung nimmt der **Vorsitzende** Bezug auf die soeben erfolgte Beerdigung von Kreisrat Bernd **Karcher**. Er würdigt dessen Person und Wirken und verliest den Nachruf. Die Mitglieder des Kreistags erheben sich zu einer Schweigeminute.

Der **Vorsitzende** teilt mit, dass es sich beim Antrag der Fa. Montan Chemie GmbH um eine Angelegenheit der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde handle. Daher komme dem Kreistag weder ein Informations- noch Entscheidungsrecht zu. Dennoch habe er sich wegen der politischen Bedeutung der Angelegenheit dazu entschlossen, kurz auf den Sachstand einzugehen.

Er sei bereit, eine Informationsveranstaltung zu dieser Thematik noch vor Weihnachten 2010 in Singen durchzuführen. Dies sei jedoch nur dann möglich, wenn der Antragsteller mitmache. Er habe ein erstes Signal erhalten, dass die Firma einverstanden sei, aber eine definitive Zusage müsse man noch abwarten. Das Landratsamt könne eine solche Veranstaltung als Genehmigungsbehörde nicht ausrichten, sondern könne diese lediglich begleiten.

Er halte dies für eine bessere Möglichkeit, die Sache so zu regeln, denn die heutige Bürgerfragestunde sei zu kurz, die offenen Fragen alle zu behandeln. Er schlage also nochmals vor, eine solche Informationsveranstaltung in Singen noch vor Weihnachten durchzuführen. Eine öffentliche Einladung erfolge, sobald die definitive Zusage des Unternehmens vorliege. Mehr könne man nicht tun.

Zusatz:

Die Zuhörer nehmen diese Ankündigung mit Beifall zur Kenntnis; danach verlassen viele Zuhörer den Sitzungssaal.

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages, die Zuhörer und die Medienvertreter.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

1. Neubesetzung von Gremien:

Stellvertretendes Mitglied im Organisationsbeirat beim Zweckverband "Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF)"

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

- 1. Dem Ausscheiden von Herrn Herbert ZAHN aus dem Organisationsbeirat der KIVBF (stellvertretendes Mitglied) wird zugestimmt.**
- 2. Herr Bernd EISENHARDT wird zum stellvertretenden Mitglied im Organisationsbeirat der KIVBF gewählt.**

2. Neuorganisation Job-Center:

Künftige Umsetzung des SGB II im Landkreis Konstanz

Der **Vorsitzende** verliest den Beschluss des Kreistags vom 14.12.2009. Nachdem das gesetzliche Verfahren abgeschlossen sei und auch feststehe, dass sich der Bund an

den Umstellungskosten beteilige, habe die Verwaltung einen entsprechenden Beschlussvorschlag unterbreitet.

Kreisrat **Franz Moser** stellt fest, dass die Zeit reif für eine Entscheidung sei. Er danke der Verwaltung für die sehr ausführliche Vorlage und die informativen Anlagen dazu.

Für die Fraktion der CDU gebe es viele gute Gründe für eine Option, aber genauso viele Gründe gegen eine solche Option. Ein Risiko sehe man bei der Finanzierung, denn kein Mensch wisse, wie der Bund in Zukunft entscheide. Außerdem handle es sich um eine Bundesaufgabe und nicht um eine kommunale Selbstverwaltungsaufgabe. Dadurch habe man kein Ausgestaltungsrecht und sei reiner „Gesetzesvollzieher“. Da es in der Fraktion keine einheitliche Meinung gebe, stellt die CDU auch keinen Antrag.

Kreisrat **Ostermaier** ist der Auffassung, dass man sehr gründlich informiert worden sei und sich gut auf die Entscheidung habe vorbereiten können. Der Beschluss des Kreistags vom 14.12.2009 sei unter bestimmten Bedingungen zustande gekommen, die sich zwischenzeitlich geändert hätten. Dennoch halte er es für richtig, dass man sich die Entscheidung bis heute offen gehalten und die Möglichkeit genutzt habe, Chancen und Risiken sorgfältig abzuwägen.

Es sei nicht nachgewiesen worden, dass man die Aufgabe in einer anderen Organisationsform besser erledigen könne als heute – trotz der nachgelieferten Vorlage. Wie im Antrag der Fraktion der FDP aufgeführt, habe man auch im Falle einer „Gemeinsamen Einrichtung“ (g. E.) Möglichkeiten zur Gestaltung, man müsse diese nur wahrnehmen. Die Fraktion der FWV sei einmütig gegen eine Option und deshalb stelle er den Antrag, eine g. E. zu gründen und dafür zu sorgen, die Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte so weit wie möglich zu nutzen.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) teilt mit, dass er das fast erwartet habe. Damit komme die erforderliche 2/3-Mehrheit nicht zustande und darüber wundere er sich nach dem Beschluss vom 14.12.2009. Trotz der wirtschaftlichen Erholung komme der Arbeitsmarkt nicht recht in Schwung, hier läge noch viel im Argen. Er verstehe, wenn die Verwaltung enttäuscht sei, wenn man keine Option beschließe – aber die Anlage 9 könne man nicht als Konzept bezeichnen. Hierbei handle es sich lediglich um eine Aufzählung bestimmter Kriterien und keinesfalls um die geforderte Konzeption. Unabhängig davon sei die Mehrheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Option, weil man die Chancen für größer als die Risiken erachte.

Kreisrat **Friedrich** (MdB) nimmt Bezug auf die Vorlage und deren Anlagen und stellt fest, dass von einem Konzept keine Rede sein könne. Die finanziellen Risiken seien nicht ausschlaggebend, es fehlen die Ziele und eine Strategie zur Erreichung derselben. Die Forderung der Fraktion der SPD und auch anderer Fraktionen sei damit nicht erfüllt. Auch durch eine g. E. erhalte die Aufgabenerledigung eine neue Struktur und dazu müsse man sich positionieren (Ziele und Vorstellungen des Landkreises), auch die Agentur für Arbeit sei dabei gefordert. In diesem Zusammenhang wiederhole er den Wunsch nach einem Eingliederungsplan. Herr **Schreyeck** habe in der Sitzung des Kreistags am 27.06.2010 gesagt, dass die Arbeitsmarktpolitik nicht in Nürnberg, sondern im Landkreis gemacht werde – da müsse man ihn in die Pflicht nehmen.

Der Beschluss vom 14.12.2009 sei vor dem Hintergrund zustande gekommen, dass damals eine getrennte Aufgabenerledigung gedroht habe. Das sei nun vom Tisch und man habe genug Aufgaben, die es zu erledigen gelte. Die Aufgabenerfüllung sei auch in einer g. E. möglich und er wiederhole nochmals, dass man sich mehr mit den Inhalten als mit der Organisationsform befassen müsse.

Kreisrat **Dr. Geiger** nimmt Bezug auf Anlage 9 zur Sitzungsvorlage und stellt fest, dass eine Gegenüberstellung und Abwägung zur g. E. fehle. Die Fraktion der FDP habe sich

sehr intensiv mit dem Sachverhalt befasst und Chancen und Risiken abgewogen. Mehrkosten gebe es bei der IT, dem Personal und der Infrastruktur. Das Kosten- und Finanzierungsrisiko sei bei einer Option größer als bei einer g. E. Der Landkreis dürfe nicht für den Bund in die Haftung gehen. Nach Auffassung des Städtetags habe sich die Mischverwaltung bewährt, obwohl sie sicher noch besser werden könne. Außerdem dürfe man den Bund nicht aus seiner Verantwortung entlassen.

Wie von Kreisrat **Ostermaier** namens der Fraktion der FWV beantragt, sei auch die Fraktion der FDP gegen eine Option. Im Übrigen habe man einen Antrag eingereicht, über den man beraten müsse, wenn die Option abgelehnt werden sollte. Für den Abschluss einer Grundsatzvereinbarung über eine g. E. sei der Kreistag zuständig.

Ein entscheidender Punkt sei der Vorsitz in der Trägerversammlung, denn der Vorsitzende habe in Pattsituationen eine doppelte Stimme. Daher müsse der Landkreis diesen Vorsitz bekommen und darüber müsse mit der Agentur für Arbeit verhandelt werden.

Der Landkreis fahre mit einer g. E. nicht wesentlich schlechter als mit einer Option. Auch im Falle einer g. E. profitiere der Bürger, wenn man diese richtig umsetze.

Der **Vorsitzende** hält es für richtig, Chancen und Risiken abzuwägen. Er schlage vor, jetzt über den Beschlussvorschlag abzustimmen und sich danach mit dem Antrag der Fraktion der FDP zu befassen. Wie bereits bekannt, benötige man für einen Antrag auf Option 2/3 der Stimmen der Mitglieder des Kreistags. Diese rechtliche Vorgabe habe der Bundesgesetzgeber gemacht und es sei einmalig, dass der Bund den Kommunen eine solche Vorgabe mache. Mehr wolle er dazu nicht sagen.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss 1 (38 Nein-Stimmen gegen 16 Ja-Stimmen):

Der Landkreis Konstanz stellt KEINEN Antrag auf Zulassung als Optionskommune gem. § 6 a SGB II beim Land Baden-Württemberg.

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass man die Aufgabe nach der Ablehnung der Option ab dem 01.01.2011 in einer g. E. erledigen werde. Im Übrigen bedürfe der Antrag der FDP nach seiner Auffassung noch einer Vorberatung. Denn allein der Vorsitz in der Trägerversammlung reiche nicht aus, wenn man dafür die Geschäftsführung abgeben müsse. Dort werde das operative Geschäft erledigt und daher müsse man auch dort präsent sein. Ob das gehe, wisse er nicht, nach seiner Kenntnis gehe nur das eine oder das andere. Darüber müsse man zunächst intern beraten und gewisse Zielpunkte festlegen. Erst wenn man wisse, was man wolle, könne man mit der Agentur für Arbeit verhandeln. Er schlage daher vor, zunächst die Eckpunkte zu erarbeiten und der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag zu erteilen.

Kreisrat **Dr. Geiger** ist der Auffassung, dass man keine Zeit mehr verlieren dürfe. Es spreche nichts gegen den Vorsitz in der Trägerversammlung, dies gebe dem Landkreis eine gewisse Sicherheit. In wichtigen Streitfällen hätte man dann ein kleines Übergewicht. Die Fraktion der FDP halte daher ihren Antrag aufrecht.

Kreisrat **Franz Moser** ist der Auffassung, dass Ziff. 3 des Beschlussvorschlags bereits alles aussage. Der Landrat sei gefordert, dem Kreistag Eckpunkte vorzulegen. Im Übrigen stimme er dem **Vorsitzenden** zu, man dürfe die Geschäftsführung nicht ohne Not abgeben. Er bitte Kreisrat **Dr. Geiger**, zuzustimmen, den Antrag der Verwaltung zu übergeben, damit diese die Eckpunkte ausarbeiten könne. Er halte es in diesem Zusammenhang auch für wichtig, der Verwaltung in den Verhandlungen mit der Agentur für Arbeit den Rücken zu stärken.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) stellt zum Antrag der FDP fest, dass es nicht in erster Linie um den Vorsitz und die entscheidende Stimme in der Trägerversammlung gehe. Es gehe doch darum, inhaltlich etwas zu verändern. Der Landkreis habe ja den Antrag auf Option nicht ohne Grund gestellt. Auch die LIGA sei unzufrieden mit dem Zustand und verspreche sich im Falle einer Option Vorteile für die Betroffenen. Man müsse mehr Einfluss nehmen, ggf. auch über ein neues Gremium und dabei auch die Sozialverbände einbinden. Ein monatlicher Bericht allein genüge nicht. Im operativen Geschäft seien Veränderungen erforderlich. Die Verwaltung sollte daher den Auftrag erhalten, gem. Anlage 9 zur Sitzungsvorlage mehr Einfluss auf das operative Geschäft anzustreben.

Für Kreisrat **Friedrich** (MdB) geht es um die bestmögliche Aufgabenerledigung im Interesse der Betroffenen. Man müsse sich mehr in den Arbeitsmarkt „einmischen“, ein entsprechender Antrag der Fraktion der SPD liege vor. Darüber und über die Eckwerte müsse man im November im Sozialausschuss beraten. Er bitte darum, im Interesse der Chancengleichheit der Anträge nicht jetzt separat über den FDP-Antrag zu beraten, sondern die Beratung beider Anträge zunächst im Fachausschuss vorzunehmen.

Kreisrat **Frank** stellt den Antrag, die vorliegenden Anträge in den Sozialausschuss zu verweisen.

Kreisrat **Dr. Geiger** ist mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Kreisrat **Jürgen Leipold** stellt fest, dass man bisher nur über die Option beraten habe. Durch die Ablehnung sei eine neue Situation entstanden und deshalb sei es richtig, dass die Verwaltung die Eckpunkte erarbeite und dann im Fachausschuss die Position des Landkreises festgelegt werde. Dabei müsse man die beiden Anträge einbeziehen.

Weitere Wortmeldungen erfolgen nicht. Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man so verfahren werde. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss 2 (einstimmig, ohne förmliche Abstimmung):

Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Eckpunkte für die Einrichtung einer „Gemeinsamen Einrichtung“ aus Sicht des Landkreises Konstanz darzustellen und diese dem Fachausschuss (Sozialausschuss) vorzulegen.

3. Ausschreibung der Stromlieferung für die Jahre 2012 - 2013;

1. Teilnahme an der Bündelausschreibung des Gemeindetags

2. Bezug von Öko-Strom

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreisrat **Beyer-Köhler** ist der Auffassung, dass der Beschlussvorschlag den Landkreis in Sachen ökologisches Energiekonzept keinen Schritt weiter bringe. Richtig wäre, Öko-Strom nach Ziff. 1.2 der Anlage zur Sitzungsvorlage (Ökostrom mit Neuanlagenquote) zu beziehen. Der Landkreis habe in diesem Bereich eine Vorbild- und Pilotfunktion. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei sich über die schlechte finanzielle Situation des Landkreises im Klaren, dennoch müsse man jetzt ein entsprechendes Signal setzen und Ökostrom mit Neuanlagenquote beziehen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man darüber nachher abstimmen werde. Im Übrigen habe der Landkreis z. B. Deponieflächen für eine Solaranlage verpachtet, man leiste also schon heute einen Beitrag zur sauberen Energiegewinnung.

Kreisrat **Kennerknecht** plädiert für eine Nachhaltigkeit in der Energiegewinnung. Aller-

dings müsse man sich fragen, wie „wahrer Ökostrom“ definiert sei. Die neue Abgabe (EEG-Abgabe) zahle man auf den gesamten Strombezug. Wenn man darüber hinaus Geld habe, könne man sich für eine noch ökologischere Variante entscheiden – aber das habe man nicht. Auch der Ökostrom nach Ziff. 1.1. sei gut, allerdings müsse die Zertifizierung besser definiert werden und man müsse glaubhafte Anbieter auswählen.

Unklar sei ihm, wie hoch der Stromverbrauch wirklich sei. Wenn man den in der Sitzungsvorlage angegebenen Betrag durch den Preis/kWh teile, komme man auf einen astronomischen Stromverbrauch von ca. 8,8 Mio. kWh und das könne nicht sein. Hier bitte er um entsprechende Klärung.

Nach einer kurzen Erläuterung durch Frau **Seidl** sagt der **Vorsitzende** zu, dass die Daten direkt vom Fachamt kommuniziert werden.

Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss 1 (einstimmig):

Der Landkreis Konstanz beteiligt sich an der Bündelausschreibung des Gemeindetags.

Beschluss 2 (Mehrheit der Nein-Stimmen gegen 13 Ja-Stimmen, 4 Enthaltungen):

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ökostrom MIT Neuanlagenquote zu beziehen, wird abgelehnt.

Beschluss 3 (einstimmig, 1 Enthaltung):

Der Landkreis Konstanz bezieht weiterhin Öko-Strom (regenerative Energiequellen OHNE Neuanlagenquote) für seine Liegenschaften.

Kreisrat **Kennerknecht** fordert, dem Gemeindetag bezüglich der Definition des Ökostroms/Zertifizierung entsprechende Auflagen zu machen.

Der **Vorsitzende** sagt zu, dass man dies an den Gemeindetag weitergeben werde. Die entsprechenden Zertifikate werde man anfordern.

4. Neubau Berufsschulzentrum Radolfzell:

Fassadenkonstruktion

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage und teilt mit, dass der Bauausschuss heute Morgen getagt habe. Er empfehle, den Neubau mit einer hochwertigen Putzfassade zu versehen.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 2 Enthaltungen):

Der Neubau wird mit einer Putzfassade versehen (Wärmeverbundsystem, mineralischer Putz).

5. Mittelfristiges Kreisstraßenbauprogramm

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Kreisrat **Beyer-Köhler** teilt mit, dass man heute zwar abstimme, aber noch Fragen

offen seien. Er habe daher die Bitte, zur Beratung des Haushalts die Ausbau- und Sanierungsstandards darzustellen. Weitere Angaben zum Straßennetz wären ebenfalls hilfreich.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man im Falle des Ausfalls einer Maßnahme die nächst folgende umsetzen werde. Alles hänge jedoch davon ab, ob die erforderlichen Mittel im Rahmen der Beratung des Haushalts zur Verfügung gestellt werden. Die ergänzenden Angaben werde man liefern.

Beschluss (einstimmig):

1. **Dem Mittelfristigen Kreisstraßenbauprogramm wird wie vorgestellt zugestimmt.**
2. **Die Beschlussfassung über die zeitliche Umsetzung erfolgt im Rahmen der Haushaltsberatung.**

6. Beteiligungen des Landkreises Konstanz:

Jahresabschlüsse 2009

Der **Vorsitzende** verweist auf die jeweiligen Sitzungsvorlagen. Im Verwaltungs- und Finanzausschuss habe man für alle Abschlüsse einstimmige Empfehlungsbeschlüsse gefasst. Im Laufe des nächsten Jahres werde man ggf. noch in den Fachausschüssen berichten, im Übrigen werde man auch einen Beteiligungsbericht vorlegen.

Wortmeldungen erfolgen nicht.

6.1 ABK - Abfallwirtschaftsgesellschaft der Landkreise Bodenseekreis und Konstanz mbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

Der Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung wird beauftragt, folgenden Einzelbeschlüssen zuzustimmen:

1. **Der Jahresabschluss in der vorgelegten Fassung wird festgestellt.**
2. **Der Jahresfehlbetrag von 3.138,71 Euro wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
3. **Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.**

6.2 Kompostwerk Landkreis Konstanz GmbH

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) moniert eine fehlende Risikobewertung. Welche Stoffe werden verarbeitet? Außerdem gebe es einen Investitionsstau und der Bodenseekreis liefere keinen Biomüll mehr an. Durch die fehlenden Mengen werde die wirtschaftliche Situation für die Zukunft wohl recht schwierig. Ein geplanter Verkauf der Anteile des Landkreises sei leider gescheitert. Er bitte deshalb darum, im Kreistag die künftigen wirtschaftlichen Perspektiven des Werks aufzuzeigen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass der Landkreis für die Verarbeitung des Bio-Mülls seit

dem 01.06.2010 viel weniger zahlen müsse. Das sei zwar gut für den Gebührenschuldner, dem Werk gingen dadurch jedoch Einnahmen verloren. Selbstverständlich bemühe man sich seit langem darum, weitere Müllmengen zu erhalten und darüber werde man auch in der anstehenden Sitzung des Aufsichtsrats reden. Im Übrigen werde er zu gegebener Zeit berichten.

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag genehmigt die vom Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung am 14.06.2010 unter Vorbehalt erteilte Zustimmung zu folgenden Einzelbeschlüssen:

- 1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird mit einer Bilanzsumme in Höhe von 8.574.253,84 € und einem Jahresüberschuss in Höhe von 681.141,73 € festgestellt.**
- 2. Der Ausschüttungsbetrag aus dem Jahresüberschuss 2009 wird – wie bereits im Jahr 2009 – auf 300.000 € festgelegt und nach Abzug von Kapitalertragsteuer und Solidaritätszuschlag jeweils zur Hälfte an die beiden Gesellschafter zum 31.12.2010 ausgeschüttet.**
- 3. Der verbleibende Jahresüberschuss 2009 in Höhe von 381.141,73 € wird in die Gewinnrücklage eingestellt.**
- 4. Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2009 Entlastungen erteilt.**

6.3 Modellprojekt Konstanz GmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Ergänzend dazu teilt er mit, dass die Förderung des Landes Ende 2011 auslaufe und deshalb werde man im nächsten Jahr darüber entscheiden müsse, wie es weitergehe.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag beauftragt den Vertreter des Landkreises in der Gesellschafterversammlung der Modellprojekt Konstanz GmbH, folgende Einzelbeschlüsse zu fassen:

- 1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird genehmigt.**
- 2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 11.602,29 € wird auf das Folgejahr übertragen.**
- 3. Den Geschäftsführern wird Entlastung erteilt.**
- 4. Dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.**

6.4 Internationale Bodensee Tourismus GmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag genehmigt die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung am 25.06.2010 mit folgenden Einzelbeschlüssen:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird genehmigt.
2. Der Jahresüberschuss von 2.010,62 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Geschäftsführerin wird Entlastung erteilt.
4. Dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.

6.5 Bodensee Standort Marketing GmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Ergänzend dazu äußert er sich sehr zufrieden über die beiden Geschäftsführer (Thorsten **Leupold** und Rudolf **Landwehr**).

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag genehmigt die in der Gesellschafterversammlung am 07.07.2010 unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Kreistags gefassten Einzelbeschlüsse:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird genehmigt.
2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 17.823,60 € wird der Kapitalrücklage zugeführt.
3. Den Geschäftsführern und dem Gesellschafterausschuss werden Entlastung erteilt.

6.6 Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Konstanz gGmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig, 1 Enthaltung):

Der Vertreter des Landkreises Konstanz in der Gesellschafterversammlung der Beschäftigungsgesellschaft Landkreis Konstanz gGmbH wird beauftragt, folgende Einzelbeschlüsse zu fassen:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2009.
2. Vortrag des Jahresüberschusses in Höhe von 2.499,49 € auf das Folgejahr.
3. Entlastung des Geschäftsführers.

6.7 Energieagentur Kreis Konstanz gGmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Er lobt den neuen Geschäftsführer (Michael **Schneider**), der sich sehr engagiere.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Kreistag genehmigt die Beschlussfassung der Gesellschafterversammlung am 30.06.2010 mit folgenden Einzelbeschlüssen:

- 1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird genehmigt.**
- 2. Der Jahresüberschuss von 4.138,40 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Dem Geschäftsführer wird Entlastung erteilt.**

6.8 Ambulante Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Der Kreistag fasst folgenden

Beschluss (einstimmig):

Der Vertreter des Landkreises Konstanz in der Gesellschafterversammlung der Ambulanten Hilfen im Landkreis Konstanz gGmbH wird beauftragt, folgende Einzelbeschlüsse zu fassen:

- Der Jahresabschluss zum 31.12.2009 wird festgestellt.**
- Der Jahresüberschuss von 119.734,75 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- Dem Geschäftsführer wird Entlastung erteilt.**
- Dem Aufsichtsrat wird Entlastung erteilt.**

7. Bürgerfragestunde

Der **Vorsitzende** verweist auf seine Äußerungen zu Beginn der Sitzung. Wortmeldungen erfolgen nicht.

Beschluss:

Entfällt. Auf Nachfrage des VORSITZENDEN erfolgen keine Wortmeldungen.

8. Sachplan geologisches Tiefenlager;

Stellungnahme des Landkreises Konstanz

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) fordert zur Regelung der Angelegenheit einen Staatsvertrag mit der Schweiz. Dort hätte man auch die Definition der „Betroffenheit“ anders festlegen und den sozio-ökonomischen Aspekten mehr Gewicht verleihen können. Betroffen sei die gesamte Region in einem Radius von mindestens 15 km. Er hätte sich diesbezüglich vom Bund und vom Land mehr Initiative und Unterstützung erwartet.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass er die Interessen des Landkreises von Anfang an eingebracht habe. Im Ausschuss der Kantone habe er zusammen mit den Landkreisen Waldshut und Schwarzwald-Baar einen Gaststatus. Die Schweiz lasse sich nicht in die eigenen Angelegenheiten „reinreden“, aber das Verfahren an sich sei – soweit er das beurteilen könne – transparent und fair.

Kreisrätin **Brigitte Leipold** stimmt dem **Vorsitzenden** zu. Wenn man dem gegenüber

sehe, wie das in Deutschland laufe, dann wundere sie sich sehr. Die Schweiz bemühe sich um eine Lösung und das bisherige Verfahren sei gut gewesen.

Kreisrat **Frank** teilt mit, dass sich die Stadt Konstanz der Stellungnahme des Landkreises anschließen werde. Im Übrigen vertrete auch der Landkreis die Interessen der Stadt Konstanz. Der **Vorsitzende** sollte seine Erfahrung mit dem Schweizer Verfahren nach Berlin weitergeben, davon könne man für das Handling der Angelegenheit im eigenen Land viel lernen.

Beschluss (einstimmig):

1. **Die Stellungnahme des Landkreises Konstanz zum „Sachplan geologisches Tiefenlager“ wird gemäß Anlage zur Sitzungsvorlage beschlossen.**
2. **Die Verwaltung wird damit beauftragt, die Stellungnahme an das Schweizerische Bundesamt für Energie weiterzuleiten.**

9. Antrag der Fraktion der SPD:

Kommunale Handlungsfähigkeit sichern. Gewerbesteuern verbreitern - kommunale Haushalte entlasten

Kreisrat **Baumert** hält den Antrag für richtig. Die dazu verteilte Tischvorlage vertiefe den Sachverhalt und bestätige die Notwendigkeit des Antrags. Daher bitte er um entsprechende Zustimmung.

Kreisrat **Kuppel** hält den Antrag inhaltlich für grundsätzlich richtig. Es mache Sinn, die Einnahmeseite der Kommunen zu prüfen, das tue die Kommission. Dazu gebe es zwei Wege: Ausbau oder Ersatz der Gewerbesteuer. Man dürfe sich im Vorfeld der Entscheidung aber nicht instrumentalisieren lassen, das Ergebnis der Beratungen der Kommission liege noch nicht vor. Daher habe der Antrag der SPD rein spekulativen Charakter und außerdem seien Aussagen falsch interpretiert worden, die Kommission habe sich den Vorschlägen des Städte- und Gemeindetags nicht angeschlossen.

Kreisrat **Jürgen Leipold** teilt mit, dass der parlamentarische Staatssekretär des Finanzministeriums auf der Hauptversammlung des Städtetags am letzten Freitag eine recht inhaltslose Rede gehalten habe. Die Argumente der kommunalen Spitzenverbände hätten bisher kein Gehör gefunden. Daher müsse man unbedingt dran bleiben. Das heutige System sei besser als die aufgezeigten Alternativen.

Kreisrat **Frank** stimmt dem zu und fordert mit Nachdruck Zustimmung zum Antrag.

Kreisrat **Ostermaier** hält es für richtig, dass sich der Kreistag mit der Thematik befasst. Der Antrag der SPD sei in allen Punkten deckungsgleich mit den Forderungen der kommunalen Spitzenverbände. Im Übrigen gehe es um zwei Themen: Den Erhalt der Gewerbesteuer UND die Begrenzung der Ausgaben im Sozialbereich. Daher unterstützt die Fraktion der FWV den Antrag vollinhaltlich.

Kreisrat **Franz Moser** schließt sich dem namens der Fraktion der CDU an.

Beschluss (Mehrheit der Ja-Stimmen gegen 2 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen):

Der Kreistag setzt sich ein:

1. **Für die Erhaltung und Erweiterung der Gewerbesteuer. Ebenso wie der Deutsche Städtetag und Gemeindebund fordern wir, die Gewerbesteuer durch eine Einbeziehung der freien Berufe in den Kreis der Steuerpflichtigen und eine Verbreiterung der steuerlichen Bemessungsgrundlage zu stabilisieren.**

2. Das von der Bundesregierung als Alternative zur Gewerbesteuer ins Gespräch gebrachte so genannte „Zuschlagsmodell/FDP-Modell“ und die Vorschläge der „Initiative Neue soziale Marktwirtschaft“ entsprechen nicht den Anforderungen der Städte und Gemeinden an eine Reform des Gemeindesteuersystems.
3. Das Problem der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen, das sich in einem zu erwartenden kommunalen Finanzierungsdefizit von jeweils rund 15 Mrd. € in den Jahren 2010 – 2013 äußert, lässt sich allein durch Änderungen auf der Steuerseite oder durch den Abbau von Standards nicht beheben. Für die deutschen Städte und Gemeinden ist es daher zwingend, dass die Entlastung der kommunalen Haushalte von Sozialausgaben zu einem zentralen Ziel der Gemeindefinanzkommission wird.

Der Kreistag des Landkreises Konstanz schließt sich der Forderung des Deutschen Städtetags und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes an. Er fordert den Landrat auf, im Baden-Württembergischen und im Deutschen Landkreistag für eine Mehrheit zu werben, die diese Position übernimmt und sich für einen Erhalt der Gewerbesteuer einsetzt.

10. Mitteilungsvorlagen

10.1 Haushalt 2010:

Bericht über die Haushaltsentwicklung (Stand: 30.09.2010)

Der **Vorsitzende** nimmt Bezug auf die Tischvorlage und teilt mit, dass er hoffe, dass sich das Ergebnis bis zum Jahresende weiter verbessern werde. Man werde versuchen, den voraussichtlichen Jahresabschluss für 2010 noch vor den Beratungen des Haushalts 2011 am 24.01.2011 zu erstellen.

10.2 Gebührenverordnungen des Landratsamtes Konstanz

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Er betont, dass es sich um eine Angelegenheit der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde handle und er für die Gebührenverordnungen verantwortlich sei. Bei der Festlegung der Gebühren habe in erster Linie die Kostendeckung im Vordergrund gestanden.

Kreisrätin **Dr. Hofer** will wissen, warum die Gebühren für einen Jagdschein für einen Schweizer und einen deutschen Staatsbürger unterschiedlich hoch seien.

Der **Vorsitzende** begründet dies mit einem entsprechend höheren Aufwand bei der Antragstellung durch einen Schweizer Bürger.

Kreisrat **Reckziegel** fordert eine Gegenüberstellung der Gebühren „alt/neu“, um sich ein Bild über die Änderungen machen zu können.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man die alten Verordnungen übersenden könnte. Dadurch werde man jedoch „nicht viel schlauer“, denn die Gebühren müssten kostendeckend sein. Das sei auch richtig, weil der jeweilige Verursacher zahlen solle und nicht die Allgemeinheit (über die Kreisumlage).

Die Kreisräte **Beyer-Köhler** und **Frank** nehmen Bezug auf die Nachfrage von Kreisrätin **Dr. Hofer** und fordern diskriminierungsfreie Gebühren.

Kreisrat **Siegfried Lehmann** (MdL) bezweifelt, dass die Gebühren im Waffenrecht

auskömmlich seien.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass man die Waffenbesitzer auch zu Hause aufsuche. Damit habe man gute Erfahrungen gemacht, die betreffenden Personen seien sehr einsichtig und kooperativ. Wenn alles in Ordnung sei, verlange man keine Gebühren. Dies tue man nur dann, wenn es Beanstandungen gebe.

Die Kreisräte **Kessler** und **Blum** verlassen die Sitzung um 18:30 Uhr.

Kreisrat **Beyer-Köhler** moniert die unterschiedlichen Gebühren für Jäger und Sport-schützen. In beiden Fällen handle es sich um Waffen. Die wasserrechtlichen Gebühren (Tauchen am Teufelstisch) seien zu billig, außerdem müssten hier die Tatbestände für die Ausnahmen klar definiert werden, man wolle keinen Tauchtourismus. Bei den Ge-bühren für das Veterinärwesen wundere er sich über die Gebühren für die BSE-Untersuchung, er sei der Auffassung, dass das Standard sei und nicht extra bezahlt werden müsse.

Kreisrätin **Czajor** teilt mit, dass sie bereits mit Herrn **Dr. Grets**ch gesprochen habe. Es gehe um den Verhaltensprüfungstest bei Hunden, der 250 € koste. Sie spreche für alle drei Tierheime im Landkreis und beantrage, dass diese Kosten wie bisher von den je-weiligen Gemeinden übernommen werden. Das könne man nicht auf die Tierheime abwälzen, hier müsse man entsprechend nachbessern.

Der **Vorsitzende** sagt eine Klärung und Antwort zu.

Kreisrat **Denzel** stellt fest, dass die neuen Gebühren den Bestand des Schlachthofs in Singen gefährden. Im Übrigen gehe es hier um mehr als nur den Schlachthof, betroffen sei die gesamte Landwirtschaft im Umland. Wo ein Wille sei, gebe es auch einen Weg, daher müsse man sich nochmals zusammensetzen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass das bereits geschehen sei. Unabhängig davon sei man jedoch zu einem nochmaligen Gespräch bereit (Herren **Wedlich**, **Dr. Grets**ch, **Denzel** u.a.).

Kreisrat **Denzel** fordert eine Aussetzung der neuen Gebühren, bis das Gespräch er-folgt sei. Ob die neuen Gebühren ab dem 1. Februar oder dem 1. März 2011 gelten, sei einerlei.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass die Gebühren wie geplant in Kraft treten werden. Wenn es wider Erwarten Veränderungsbedarf geben sollte, werde man entsprechend reagieren.

10.3 Sitzungstermine 2011

Der **Vorsitzende** verweist auf die Sitzungsvorlage. Gültig seien die Termine in der Tischvorlage.

Wortmeldungen erfolgen nicht. Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Sit-zungstermine zur Kenntnis.

11. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche

11.1 Verschiedenes:

Immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren der Fa. Montan Chemie GmbH/Sachstandsbericht

Der **Vorsitzende** verweist auf die Tischvorlage und seine Ausführungen vor der Eröffnung der Sitzung.

Für Kreisrat **Johannes Moser** reicht die Tischvorlage allein nicht aus. Die Nachbarstädte und Gemeinden seien nicht informiert worden und wüssten nichts über die geplante Anlage, obwohl sie davon betroffen seien. Das könne nicht sein, er wolle detaillierte Informationen über die geplante Anlage, die dort verarbeiteten Stoffe, die Transportwege usw.

Herr **Buser** antwortet, dass jeder, der glaube, betroffen zu sein, Einwendungen gegen die geplante Anlage erheben könne. Eine Offenlage in den umliegenden Städten und Gemeinden sei weder vorgeschrieben noch vorgesehen, zumal man nicht von erheblichen Auswirkungen in diesen Bereichen ausgehen müsse. Unabhängig davon könnten – wie erwähnt – auch die Bewohner der umliegenden Städte und Gemeinden Einwände erheben. Dies gelte auch für Bürger aus der benachbarten Schweiz.

Auf Nachfrage von Kreisrat **Johannes Moser** antwortet Herr **Buser**, dass das Verfahren genau vorgegeben sei. Sofern sich ergeben sollte, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden müsse, werde man dies dem Antragsteller auferlegen. Dies hänge aber von den Stellungnahmen der Fachbehörden ab, die noch nicht vollständig vorliegen.

Derzeit sei davon auszugehen, dass keine erhebliche Betroffenheit bei den Umlandgemeinden gegeben sei. Im Übrigen habe man die öffentliche Bekanntmachung mit allen Angaben in allen Südkurierausgaben veröffentlicht, obwohl man dazu nicht verpflichtet gewesen sei. Da schon Einwendungen aus Nachbargemeinden eingegangen seien belege, dass diese Informationen dort auch angekommen seien.

Die Kreisräte **Maier, Ostermaier** und **Volk** verlassen die Sitzung um 18:50 Uhr.

Kreisrätin **Czajor** begrüßt die Aussage des **Vorsitzenden** vor der Eröffnung der Sitzung (Informationsveranstaltung) Ganz wichtig sei, dass die Bürger den Verfahrensablauf kennen. Bei den zu Beginn der Sitzung noch anwesenden Besuchern sei der Eindruck entstanden, dass die Veranstaltung noch vor dem Ablauf der Einwendungsfrist stattfinden werde, sodass man danach ggf. auf gesicherten Erkenntnissen noch Einspruch einlegen könne. Dies sei jedoch nur dann gegeben, wenn die Veranstaltung vor dem 26.11.2010 stattfinde. Sie appelliere daher an den **Vorsitzenden**, alles dafür zu tun, dass die Veranstaltung noch vor dem 26.11.2010 stattfinden könne. Wenn die Firma ein echtes Interesse an einem transparenten Verfahren habe, dann gebe es keinen Grund, einzelne Seiten im Antrag zu schwärzen.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass es derzeit ca. 60 – 70 Einwendungen gebe. Im Übrigen hoffe er, dass die Veranstaltung bald stattfinden könne. Dies wiederum hänge jedoch – wie bereits erwähnt – davon, ab, ob die Fa. Montan GmbH mitmache. Eine definitive Zusage liege noch nicht vor.

Herr **Buser** ergänzt, dass das Landratsamt eine solche Veranstaltung lediglich begleiten könnte; man sei als Genehmigungsbehörde nicht befugt, als Veranstalter aufzutreten. Man könnte jedoch in einer Pressemeldung nochmals auf die Einreichungsfrist für Einwände (26.11.2010) hinweisen.

Kreisrat **Baumgartner** verlässt die Sitzung um 19:00 Uhr.

Der **Vorsitzende** wendet sich an die anwesenden Vertreter der Presse und bittet darum, den Sachverhalt nochmals entsprechend darzustellen.

Für Kreisrätin **Brigitte Leipold** steht fest, dass das Landratsamt die Informationen breiter streuen müsse. Es gebe Gründe für die Schwärzung der Antragsunterlagen und

dies lasse darauf schließen, dass da etwas verborgen werden solle. Das könne man nicht hinnehmen.

Kreisrat **Dr. Hahn** hält das jetzige Baurecht für undemokratisch, weil die Gemeinden nicht das Recht hätten, eine solche Anlage zu stoppen. Auch in Stuttgart sei das formale Verfahren abgeschlossen, was aber nicht heiße, dass S 21 auch richtig sei.

Kreisrat **Hänssler** verlässt die Sitzung um 19:05 Uhr.

Der **Vorsitzende** stellt abschließend fest, dass man den Antrag sauber und den gesetzlichen Bestimmungen gemäß abarbeiten müsse, sonst müsse man damit rechnen, dass evtl. Schadensersatzansprüche geltend gemacht werden. Dies könne niemand wollen.

11.2 Beratung und Beschlussfassung über den Haushalt 2011/Vorberatung, Verfahren

Kreisrat **Dr. Hahn** teilt mit, dass im Zusammenhang mit früheren Haushaltsberatungen zugesagt worden sei, den Haushalt in den Ausschüssen vorzubereiten. Auf jeden Fall sei ein Mehr an Vorberatungen zugesagt worden, zumindest für den Sozialausschuss.

Der **Vorsitzende** antwortet, dass der Kreisjugendhilfeausschuss ein gesetzlich normiertes Vorberatungsrecht habe. Daran werde man sich wie in den Vorjahren halten. Im Übrigen habe der Verwaltungs- und Finanzausschuss zugestimmt, dass Zuschnittsanträge für den Haushalt in den Ausschüssen vorzubereiten seien. Die Ausschüsse gäben dann eine Empfehlung an den Kreistag für die Beratung des Haushalts ab. Anträge, die nicht mehr vorberaten werden könnten, können im Haushalt 2011 nicht berücksichtigt werden. Damit wolle man „Last-Minute-Anträgen“ vorbeugen. Er betone ausdrücklich, dass er keine Vorberatung in allen Ausschüssen zugesagt habe.

Wie in den Vorjahren sei die Verwaltung auch in diesem Jahr bereit, den Haushaltsentwurf in den Fraktionen zu erläutern.

Für die Beratung und Beschlussfassung habe man zwei Sitzungstage reserviert, im Übrigen sei eine Vorberatung in allen Ausschüssen allein aus zeitlichen Gründen kaum zu schaffen. Der Aufwand stünde wohl auch in keinem Verhältnis zum Ergebnis.

11.3 Neuorganisation des Kreisjugendamts/Sprechzeiten vor Ort

Kreisrätin **Kammerer** moniert die entfallenden Sprechzeiten vor Ort im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Kreisjugendamts. Sie beantrage, darüber im Kreisjugendhilfeausschuss zu beraten.

Nach einer Antwort von Herrn **Goßner** und einer kurzen Diskussion sagt der **Vorsitzende** zu, dass man die Thematik in der nächsten Sitzung des Kreisjugendhilfeausschusses behandeln werde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 19:15 Uhr.

Der Vorsitzende:

Frank Hämmerle

Für den Kreistag:

Wolfgang Müller-Fehrenbach

Dr. Hubertus Both

Georg Ruf

Dr. Christiane Kreitmeier

Für das Protokoll:

Manfred Roth